

truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

10. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 6445. Sitzung mit 14 Stimmen
bei einer Gegenstimme (Türkei) verabschiedet.*

Beschlüsse

Am 12. Januar 2011 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär²⁷:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 10. Januar 2011 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Chao Liu (China) zum Kommandeur der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern zu ernennen²⁸, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.“

Auf seiner 6554. Sitzung am 13. Juni 2011 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Zypern

Bericht des Generalsekretärs über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern (S/2011/332)

Bewertungsbericht des Generalsekretärs über den Stand der Verhandlungen in Zypern (S/2011/112)“.

Resolution 1986 (2011) vom 13. Juni 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 31. Mai 2011 über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern²⁹ und seines Berichts vom 4. März 2011 über seinen Gute-Dienste-Auftrag in Zypern³⁰,

feststellend, dass die Regierung Zyperns zugestimmt hat, dass es angesichts der Verhältnisse auf der Insel notwendig ist, die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern über den 15. Juni 2011 hinaus in Zypern zu belassen,

sich der festen Überzeugung des Generalsekretärs *anschließend*, dass die Verantwortung für die Herbeiführung einer Lösung in erster Linie bei den Zypern selbst liegt, und bekräftigend, dass den Vereinten Nationen die Hauptrolle dabei zukommt, den Parteien bei der Herbeiführung einer umfassenden und dauerhaften Regelung in Bezug auf den Zypern-Konflikt und die Teilung der Insel behilflich zu sein,

unter Begrüßung der in den umfassenden Verhandlungen bisher erzielten Fortschritte und der gemeinsamen Erklärungen der Führer, namentlich derjenigen vom 23. Mai und 1. Juli 2008,

²⁷ S/2011/14.

²⁸ S/2011/13.

²⁹ S/2011/332.

³⁰ S/2011/112.

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die nach wie vor schleppenden Fortschritte, betonend, dass der Status quo nicht fortbestehen kann, und die Führer mit allem Nachdruck auffordernd, die Verhandlungsdynamik, insbesondere in den Kernfragen, zu verstärken, um eine dauerhafte, umfassende und gerechte Regelung herbeizuführen, die auf einer beide Volksgruppen einschließenden, bizonalen Föderation und auf politischer Gleichberechtigung beruht, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats dargelegt,

unter Betonung der Bedeutung, die die internationale Gemeinschaft der vollen, flexiblen und konstruktiven Mitwirkung aller Parteien an den Verhandlungen beimisst, sich der Auffassung des Generalsekretärs anschließend, dass eine Lösung in greifbare Nähe gerückt ist, und mit Interesse erwartend, dass in naher Zukunft, namentlich bis zu dem Treffen des Generalsekretärs mit den Führern im Juli 2011, auf der Grundlage des bislang Erreichten entscheidende Fortschritte erzielt werden,

es begrüßend, dass der Generalsekretär während seines Treffens mit den beiden Führern am 26. Januar 2011 darum bemüht war, zu Fortschritten anzuregen, und dass er die Absicht hat, mit den beiden Führern im Juli 2011 zusammenzutreffen, und Kenntnis nehmend von seiner Absicht, dem Sicherheitsrat im Juli 2011 eine aktualisierte Bewertung des Sachstands vorzulegen,

in Anbetracht der Notwendigkeit, die Prüfung militärischer vertrauensbildender Maßnahmen und die Erörterungen darüber voranzubringen, und mit der Aufforderung, erneute Anstrengungen zur Durchführung aller verbleibenden vertrauensbildenden Maßnahmen zu unternehmen und weitere Schritte zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu vereinbaren und einzuleiten,

bekräftigend, wie wichtig es ist, dass Zyprer die Grüne Linie weiter überqueren, und dazu ermutigend, im beiderseitigen Einvernehmen weitere Übergangsstellen zu öffnen,

überzeugt, dass eine umfassende und dauerhafte Zypern-Regelung viele wichtige Vorteile für alle Zyprer hätte, beide Seiten und ihre Führer nachdrücklich dazu auffordernd, eine positive öffentliche Rhetorik zu fördern, und sie dazu ermutigend, beiden Volksgruppen lange vor etwaigen Referenden klar die Vorteile der Regelung sowie die Notwendigkeit zu erläutern, zu ihrer Herbeiführung vermehrte Flexibilität und Kompromissbereitschaft zu zeigen,

die Auffassung vertretend, dass die Untergrabung der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen den Friedensprozess selbst untergräbt,

hervorhebend, dass die internationale Gemeinschaft den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe auch weiterhin unterstützend zur Seite stehen wird, um ihnen dabei behilflich zu sein, die sich derzeit bietende Chance voll zu nutzen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Generalsekretärs, wonach die Sicherheitslage auf der Insel und entlang der Grünen Linie weiterhin stabil ist, und alle Seiten nachdrücklich auffordernd, alle Handlungen, die zu einer Verschärfung der Spannungen führen, die bislang erzielten Fortschritte untergraben oder den guten Willen auf der Insel schädigen könnten, zu vermeiden,

unter Hinweis darauf, dass der Generalsekretär der festen Überzeugung ist, dass die Situation in der Pufferzone verbessert würde, wenn beide Seiten das von den Vereinten Nationen verwendete Aide-mémoire von 1989 akzeptierten,

mit Bedauern feststellend, dass beide Seiten den Zugang zu den verbleibenden Minenfeldern in der Pufferzone verwehren und dass daher die Minenräumung in Zypern zum Stillstand gekommen ist, feststellend, dass von den Minen in Zypern nach wie vor Gefahr ausgeht, und sich nachdrücklich für eine rasche Einigung über die Erleichterung der Wiederaufnahme der Minenräumoperationen und die Räumung der verbleibenden Minenfelder aussprechend,

es begrüßend, dass der Ausschuss für Vermisste in Zypern Fortschritte erzielt und seine wichtige Tätigkeit fortgesetzt hat, und darauf vertrauend, dass dieser Prozess die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen fördern wird,

darin übereinstimmend, dass die aktive Beteiligung von Gruppen der Zivilgesellschaft für den politischen Prozess unerlässlich ist und dazu beitragen kann, dass jede künftige Regelung von Bestand ist, unter Begrüßung aller Bemühungen um die Förderung von Kontakten zwischen den beiden Volksgruppen und entsprechender Veranstaltungen, namentlich durch alle auf der Insel tätigen Stellen der Vereinten Nationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an beide Seiten, das aktive Engagement der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen zu fördern und alle Hindernisse für derartige Kontakte aus dem Weg zu räumen,

betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

unter Begrüßung der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, namentlich die der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung in Bezug auf die Regelung, gegebenenfalls einschließlich Empfehlungen für weitere Anpassungen des Mandats, der Truppenstärke und des Einsatzkonzepts der Truppe, unter Berücksichtigung der Entwicklungen vor Ort und der Auffassungen der Parteien,

sowie unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen von Herrn Alexander Downer als Sonderberater des Generalsekretärs für Zypern mit dem Auftrag, den Parteien bei der Führung umfassender Verhandlungen mit dem Ziel einer umfassenden Regelung behilflich zu sein, und der Bemühungen von Frau Lisa Buttenheim als Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Zypern,

sich dem Dank des Generalsekretärs an die Regierung Zyperns und die Regierung Griechenlands für ihre freiwilligen Beiträge zur Finanzierung der Truppe sowie seinem Ersuchen um weitere freiwillige Beiträge seitens anderer Länder und Organisationen *anschließend* und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Mitgliedstaaten, die Personal zur Truppe beitragen,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

1. *begrüßt* die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielten Fortschritte und die dadurch eröffneten Aussichten auf weitere Fortschritte in naher Zukunft auf dem Weg zu einer umfassenden und dauerhaften Regelung;

2. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs³⁰;

3. *verweist* auf die Resolution 1953 (2010) des Sicherheitsrats vom 14. Dezember 2010 und fordert die beiden Führer auf,

a) die Verhandlungsdynamik zu verstärken, sich konstruktiv und offen an dem Prozess zu beteiligen und zur Vorbereitung ihres Treffens mit dem Generalsekretär im Juli 2011 auf eine Annäherung in den verbleibenden Kernfragen hinzuarbeiten;

b) die öffentliche Atmosphäre, in der die Verhandlungen geführt werden, zu verbessern, namentlich indem sie sich in öffentlichen Aussagen auf Konvergenzen und den Weg voran konzentrieren und konstruktivere und stärker aufeinander abgestimmte Botschaften vermitteln;

- c) die Zivilgesellschaft nach Bedarf stärker an dem Prozess zu beteiligen;
4. *fordert mit Nachdruck* die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen und sieht der Vereinbarung und Einleitung weiterer derartiger Schritte, einschließlich militärischer vertrauensbildender Maßnahmen und der Öffnung weiterer Übergangsstellen, erwartungsvoll entgegen;
5. *fordert alle Parteien nachdrücklich auf*, auf der ganzen Insel, einschließlich der militärischen Sperrgebiete im Norden, den Forderungen des Ausschusses für Vermisste in Zypern in Bezug auf Exhumierungen stärker entgegenzukommen;
6. *bekräftigt* alle seine einschlägigen Resolutionen über Zypern, insbesondere die Resolution 1251 (1999) vom 29. Juni 1999 und die späteren Resolutionen;
7. *bekundet* der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern *seine volle Unterstützung* und beschließt, ihr Mandat um einen weiteren, am 15. Dezember 2011 endenden Zeitraum zu verlängern;
8. *fordert beide Seiten auf*, auch künftig dringend und unter Achtung des Mandats der Truppe Konsultationen mit der Truppe über die Festlegung des Verlaufs der Pufferzone und über das Aide-mémoire der Vereinten Nationen von 1989 zu führen, mit dem Ziel, zu einer baldigen Einigung über die noch offenen Fragen zu gelangen;
9. *fordert* die türkisch-zyprische Seite und die türkischen Truppen *auf*, den militärischen Status quo in Strovilia wiederherzustellen, der vor dem 30. Juni 2000 bestand;
10. *fordert* beide Seiten *auf*, den Minenräumern den Zugang zu gestatten und die Räumung der verbleibenden Minen in Zypern innerhalb der Pufferzone zu erleichtern, und fordert beide Seiten nachdrücklich *auf*, die Minenräumoperationen über die Pufferzone hinaus auszuweiten;
11. *ersucht* den Generalsekretär, bis zum 1. Dezember 2011 einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution, einschließlich über die Frage der Eventualplanung im Hinblick auf die Regelung, vorzulegen und den Sicherheitsrat nach Bedarf über die Ergebnisse unterrichtet zu halten;
12. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich *auf*, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;
13. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6554. Sitzung einstimmig verabschiedet.
